

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

06/ 11 22. Jahrgang

07/ 11

Fakten zum Super-GAU.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Offener Brief zur Atomenergie.....	4
Projektvorstellung Madagaskar.....	6
Mobilitätsticket in Sachsen.....	9
E-Mobilität in Berlin.....	10
Nachhaltiger Verkehr.....	11
Wassergesetz in Brandenburg.....	12
Umweltfestival 2011.....	13
Buchtipp.....	14
Dies & Das.....	15
Adressen.....	16

Was tun, wenn's brennt?

Titel: aufgenommen
von Kurt Michel,
pixelio.de

Der Atom-GAU in Japan zeigt uns, wie ein Krisenmanagement in einem hochentwickelten Industriestaat aussehen kann und was wir daraus lernen können.

Dass es eines Tages zu einem solchen GAU kommen musste, das ahnte selbst die Internationale Atomenergiebehörde (IEAE) im Jahre 2008. Japan gehört ohnehin zu den stark Erdbeben gefährdeten Staaten. Damals hatte die IEAE laut Wikileaks auf ernste Sicherheitsprobleme des AKWs in Fukushima hingewiesen und im Falle eines Erdbebens vor einer Katastrophe gewarnt. Doch nichts wurde dagegen unternommen, da der Glaube an die Sicherheit der Kernkraft über allem erhaben war.

Selbst der GAU in Tschernobyl wurde als Einzelfall gesehen. Diese Anlage galt als ein sowjetisches Schrott-AKW, das havarierte musste. Die Überlegenheit der westlichen Technologie stellen nur Umweltschützer in Frage. Die haben weder in Japan, noch in den USA oder in Frankreich viel zu sagen. Mit der Krise kommt nun die Chance für einen endgültigen Wechsel hin zu den erneuerbaren Energien. Aber wird sie wirklich genutzt?

Die Krise zeigt uns aber auch, wie Atomunfälle vertuscht und verharmlost werden. Es stellt die Hilflosigkeit und Überforderung dar, mit dieser Risikotechnologie im Ernstfall umgehen zu können. Man bedient sich in den Verlautbarungen der japanischen Regie-

rung beziehungsweise der AKW-Betreiber einfacher Methoden aus dem Public Relationship (PR).

So gebe ich zur Beurteilung der aktuellen Situation in Japan folgende Fakten zu bedenken:

Fakt 1

Das ist Politik: Regierungen sehen sich nicht in der Verantwortung, die Bevölkerung in Notsituationen aufzuklären. Ihr Job ist es, die Situation „irgendwie“ zu managen, dass am Ende eine Schadensbegrenzung herauskommt. Das beinhaltet auch das Vorhalten wichtiger Nachrichten und die Verbreitung von Notlügen. Für verlässliche Informationen sind andere zuständig: Presse, Wissenschaft, direkte Quellen von vor Ort und Gegenöffentlichkeit. Das heißt: Wer sich informieren will, sollte sich externe Quellen suchen, die möglichst wenig mit dem Krisenmanagement zu tun haben und nicht in einem Interessenskonflikt zwischen administrativen und wirtschaftlichen Interessen einerseits sowie der Bevölkerung beziehungsweise den Konsumenten und Wählern andererseits stehen. Das nennt man im Volksmund „Gegenöffentlichkeit herstellen“. Wer sich vor Radioaktivität schützen will, sollte sich hierfür bei Umweltschützern informieren. Diese Erfahrung haben wir in Mitteleuropa bereits 1986 (Tschernobyl-GAU) machen müssen.

Fakt 2

Das ist Krisenmanagement: Niemand

ist auf einen Gau vorbereitet. Damals in Tschernobyl verhängte man in der Sowjetunion und im damaligen Ostblock eine Informationssperre. „Nichtwissen ist Macht“ heißt es bei George Orwell. Der GAU wurde erst bekannt, als die verstrahlten Partikel in den Westen gelangten. Die damalige Bundesregierung war mit der Situation überfordert, und es folgten höchst widersprüchliche Meldungen an die Bevölkerung. Doch spätestens die von Umweltschützern gemessenen Strahlenwerte alarmierten die Menschen und schafften ein wenig Klarheit, wie man sich am besten verhalten sollte. Eine solche Informationspolitik fehlt immer noch. Denn es würde die Menschen noch mehr gegen Atomkraft aufrütteln, wenn man das Ernstfallszenario bereits in der Schule durchspielt und zum Schluss kommt, dass es keinen ausreichenden Schutz vor Verstrahlung geben kann, solange man in einem bestimmten Radius eines AKWs lebt; schon lange nicht, wenn Plutonium (giftigster Stoff überhaupt) mit im Spiel ist. Aber Katastrophenschutzübungen und Aufklärung sollten in Zeiten wie diesen zum Unterrichtsprogramm gehören; insbesondere in Gebieten, die von Erdbeben gefährdet sind. Aber so etwas vermeidet man lieber, da man mit solchen Maßnahmen indirekt auf die Wahrscheinlichkeit von Atomunfällen hinweist. Welche Regierung möchte schon darauf hinweisen, dass Atomkraft gefährlich und unsicher ist? Das will heißen, dass es keine konkreten Handlungsanweisungen für

ALLIGATOR-Intro



Liebe Leserinnen und Leser,

Bin Ladens Tod, Unruhen in Libyen, Tunesien, Griechenlands Staatsbankrott: Der große GAU wurde von anderen Ereignissen in den Hintergrund gedrängt. In der Presse wird es langsam still um Fukushima. Dabei kann noch lange keine Entwarnung gegeben werden. Noch immer entweicht Radioaktivität und die Situation scheint nach wie vor unkontrollierbar zu sein. Das alles erinnert stark an die Havarie von Tschernobyl. Von der Atomruine geht nach 25 Jahren immer noch Gefahr aus. Das ist den wenigsten bewusst. Deshalb will diese Ausgabe mit dem Titelbeitrag einen Blick „hinter die Kulissen“ werden.

// Oliver C. Pfannenstiel, Redaktion Alligator

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

Redaktion
Oliver C. Pfannenstiel

Layout
Rieke Lanser

Fotos: namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo
18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage
1.100

Spendenkonto
80 25 67 69 00

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

die einzelnen gibt, wenn sich die Strahlendosis erhöht. Stattdessen versucht man, die Bevölkerung (des-)informationspolitisch zu beschwichtigen. Meldungen über 20 leicht verstrahlte AKW-Mitarbeiter relativieren die Situation. Man blickt auf ein paar Einzelschicksale und führt sie als Helden oder „Bauernopfer“ vor. Dabei ist es aus PR-Sicht wichtig, die Menschen mit stets (noch so banalen) Einzelmaßnahmen auf dem Laufenden zu halten. Es bewegt sich etwas. Es wird davon gesprochen, dass Stromkabel (als Reparaturmaßnahme für das Kühlsystem) verlegt werden und die Feuerwehr ein paar Löschzüge an die Unglücksorte schickt. „Wir haben einen Plan und tun was“, lautet die hilflose Devise. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass die letzten Lecks innerhalb der kommenden neun Monate geschlossen werden. Vor dem GAU sprach man bezüglich der AKWs von den neuesten Hochsicherheitstechnologien. Heute spricht man im Heimwerkerjargon von Klebedichtungen, Schweißeinsätzen, und anderen provisorischen Hilfsmitteln. Das versteht jeder. Gleichzeitig stellt es die Banalität und Hilflosigkeit der Verantwortlichen bloß, dass es für Probleme in einer High-Tech-Anlage keine High-Tech-Lösungen gibt. Man schießt mit Kanonen auf Spatzen.

Fakt 3

Das ist Beschwichtigung: Wenn eine Situation außer Kontrolle gerät, dann wird die offizielle Seite kaum verlautbaren lassen, dass 25 Millionen Menschen den Großraum Tokyo verlassen sollen. Das ist logistisch gar nicht zu bewältigen. Was heißt es aber, wenn Atomkraftbetreiber-Staaten wie die USA, Frankreich, Deutschland und China ihre Bürger dazu aufrufen, schleunigst diesen Ort zu verlassen? Sind Ausländer in Japan strahlenempfindlicher als die Japaner? Die japanische Regierung muss an ihrem Kurs der Beschwichtigung festhalten, um die innere Ordnung zu wahren, weil eben eine Evakuierung nicht realistisch ist. Gleiches gilt für die Betreiber des AKW. Und außerdem: Wer besitzt schon hochwertige Messinstrumente, um die täglichen Strahlenwerte zu überprüfen? Strahlung sieht, spürt und schmeckt man nicht. Man merkt sie individuell sehr unterschiedlich erst nach längerer Zeit oder dann erst, wenn es zu spät ist (Leukämie). So gilt offiziell: Die Strahlung in Ja-

pan ist nicht weiter dramatisch, außer man steht knietief im radioaktiven Wasser mitten im havarierten Meiler. Bei Auslandsflügen hingegen kann die Strahlung dann doch auftauchen, denn hier könnte man (wie in China und anderswo) als japanischer Bürger mit dem Geigerzähler auf Radioaktivität überprüft werden. Ähnlich ist der Fall bei Produkten aus Japan. Was bringt dem Umweltbewussten ein Hybridauto, das letztendlich radioaktiv verstrahlt ist? Kann man noch bedenkenlos Sushi essen gehen?

Fakt 4

Das ist Verantwortung: Auch, wenn der Zug hinsichtlich einer Schadensbegrenzung längst abgefahren ist: Politik besteht unter anderem aus symbolischen Handlungen. Dazu gehört es, mit einem Wasserwerfer auf ein havarierendes AKW zu halten. Löschen Sie einmal einen Hochofen mit einer Wasserpistole. Es geht hier um Kernschmelze und mehrere Tausend Grad radioaktiven Materials, das immer heißer wird. Wenn AKW-Kühlung so simpel wäre (Stromkabel und Wasserwerfer), warum gibt es dann schon im Normalbetrieb aufwendige Kühlungssysteme? Es geht hier um eine symbolische Handlung, „etwas gegen den Super-GAU zu tun“. Wahrscheinlich kann man wirklich nur abwarten, bis alles vorbei ist (Handlungsempfehlung von Sebastian Pflugbeil, Präsident für Strahlenschutz). Aber eine solche „Tatenlosigkeit“ lässt sich schwer vermitteln. Schließlich soll signalisiert werden, dass man alles im Griff hat. Die jahrzehntelang aufgebaute Glaubwürdigkeit der Atomkraft als beherrschbare Technologie steht auf dem Spiel. Regierung und Betreiber geht es auch um ihre wirtschaftliche Existenz und um den Anschein, Verantwortung zu übernehmen. Bedauerlich ist dabei, dass für diese symbolische Aktion Menschen „verheizt“ werden. Nun werden Senioren dazu aufgerufen, in den verstrahlten Atomruinen zu helfen. Wenn es nicht so ernst wäre, dann hört sich das an wie eine Posse aus dem Simpsons: Mit Wasserwerfern, Schweißbrennern und Senioren gegen die wohl schlimmste Umweltkatastrophe.

Fakt 5

Das könnten die Atombefürworter daraus lernen: Welche Konsequenzen hat die japanische Vorstellung eines Super-GAUs für die deutsche Atompoli-

tik? Wenn ich Atomkraftbefürworter und Regierungsberater wäre, würde ich dazu raten, das Thema möglichst auf die lange Bank zu schieben, bis sich die erhitzten Gemüter beruhigt haben. Man ist sich dem Risiko bewusst und berät erst einmal mit Experten darüber bzw. untersucht die AKWs. Ein so genanntes Moratorium und eine Debatte über ein langfristiges Ende dieser Risikotechnologie wäre genau die richtige Antwort. Das hört sich nach einer grundsätzlichen Überlegung und wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Atomkraft an. Man diskutiert die Sache so lange, bis allen das Thema „Pro und Kontra Atomkraft“ zum Halse heraushängt. Schlussendlich sind alle für den Ausstieg – irgendwann eben. Wer sich aber ausgiebig mit Atomkraft auseinandergesetzt hat, weiß, dass seit Jahrzehnten längst alle Fakten auf dem Tisch liegen und es nichts mehr zu reden gibt. Ein sofortiger Ausstieg ist machbar, wenn man das will. Man muss es sogar, um weitere Risiken zu vermeiden. Was sollte denn noch passieren, damit der letzte Atomkraftbefürworter das Handtuch wirft? Im Falle von Tschernobyl und Fukushima: „Quot erat demonstrandum“ sagt der Lateiner; was es (nur noch) zu beweisen gab, dass Atomkraft (neben Gentechnik) die gefährlichste Risikotechnologie darstellt. Deren Einsatz lässt sich allerspätestens angesichts der Erneuerbaren Energien nicht mehr rechtfertigen.

Fakt 6

Alles dreht sich um's Geld: Dass der GAU in Fukushima die japanische Regierung knapp schlappe 46 Milliarden Euro und mehr kosten wird, das interessiert die Atomlobby hierzulande nicht wirklich. Sie würde auch um eine Laufzeitverlängerung um 100 Jahre feilschen, wenn es der politische Spielraum hergeben würde. Die Geldgier ist eben bei solchen Leuten stärker ausgeprägt als der gesunde Menschenverstand. Ungeachtet dessen werden weiterhin weltweit AKWs gebaut; selbst in Erdbeben gefährdeten Gebieten vor der „eigenen Haustüre“ in Europa. Zu nennen wären die (bestehenden und geplanten) AKWs in Krsko (Slowenien), Fessenheim und Chooz (beide Frankreich), Cofrentes (Spanien), Balakowo und Rostow (Russland), Belene (Bulgarien) und Shkoder (Albanien). Nicht zu vergessen sind die AKWs hierzulande.

Fakten zum Super-GAU

Dabei ist Tschernobyl noch nicht einmal bewältigt. Im Jahre 1986 sind gerade einmal fünf Prozent der vorhandenen Radioaktivität ausgetreten. 95 Prozent strahlen für die kommenden Jahrhunderte noch vor sich hin. Die Gegend um Tschernobyl ist immer noch radioaktiv verstrahlt. In den kommenden Jahren soll ein neuer Stahl- und Betonsarkophag gebaut werden. Nur das Geld hierfür hat die Ukraine noch nicht ganz zusammen. Tschernobyl bleibt weiterhin eine

höchst gefährliche Ruine. Es bleibt zu hoffen, dass auch in Osteuropa irgendwann die Vernunft der Geldgier und Naivität weichen wird, so verharmlosend mit Atomkraft umzugehen. Wer weiß, was in den nächsten Jahren mit den zehn russischen AKWs passieren wird, von denen bei einigen immer wieder die Laufzeit verlängert wird.

Ich hoffe, mit diesen Anmerkungen den einen oder anderen zum Nachdenken angeregt zu haben. Politik be-

steht eben zu einem großen Teil aus PR. Man handelt symbolisch und populistisch. Genauso sollte man die Verlautbarungen der Protagonisten lesen. Die Wahrheit findet man anderswo.

// Oliver C. Pfannenstiel
Redaktion Alligator

IPPNW

Offener Brief vom 10. Mai 2011

an die Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung

Sehr geehrter Herr Prof. Töpfer, Sehr geehrter Herr Prof. Kleiner,

vor dem Hintergrund der nach Fukushima nochmals gefestigten mangelnden Akzeptanz der Bevölkerung für die Atomenergie-Nutzung mit entsprechenden Auswirkungen auf Wahlergebnisse soll die von Ihnen geleitete „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“ eine Empfehlung abgeben, wie lange in Deutschland noch Atomkraftwerke betrieben werden sollen. Damit ist insbesondere seitens der derzeitigen Regierungsfractionen – und der mit diesen verbundenen Kräften in der Wirtschaft – die Erwartung verbunden, mit medialer Hilfe einen breit akzeptierten Konsens herstellen zu können, der dem Thema Atomenergie seine wahlentscheidende Schärfe nimmt.

Im Verlauf der öffentlichen Sitzung bzw. Anhörung am 28. April zeichnete sich ab, dass die Kommission weniger einen breiten „gesellschaftlichen Konsens“ sucht als vielmehr einen Konsens der Politik mit den Profiteuren des bisherigen Energiesystems: Im Gegenzug für ein frühzeitigeres Auslaufen der Atomenergienutzung soll die Marktmacht der großen Energiekonzerne mit Hilfe eines weiterhin zentralisierten und staatlich privilegierten Energiesystems gesichert werden, wobei der Fokus auf eine drastische Anhebung der Strompreise sowie auf den

Ausbau des Verbundstromnetzes in Verbindung mit neuen konventionellen Großkraftwerken und mit der Offshore-Windenergie gelegt wird. Für diese Strategie warb die Kommission intensiv um Unterstützung bei den mitgliederstarken Umweltverbänden, da insbesondere für den Bau neuer Stromtrassen und für erneut steigende Energiepreise die gesellschaftliche Akzeptanz fehlt.

In den vergangenen Jahren haben Sie, Herr Töpfer, völlig zu Recht immer wieder die Bedeutung eines dezentralen Energiesystems nicht nur für Entwicklungsländer betont, da es sich – wie die Praxis zeigt – erheblich schneller realisieren lässt und weil praktisch die gesamte Bevölkerung direkt oder indirekt wirtschaftlich davon profitiert. Vor diesem Hintergrund fällt auf, dass es im Rahmen der Ethikkommission offenbar längst eine Vorfestlegung auf eine vornehmlich zentralisierte Energiewirtschaft zugunsten weniger Großkonzerne gibt. Das aber entspricht nicht den „gesellschaftlichen Erwartungen“.

Auch hinsichtlich der Bewertung der Risiken der Atomenergie konnte man bei der Sitzung am 28. April nicht den Eindruck gewinnen, als ginge es vornehmlich um den Schutz der Bevölkerung. Zwar wird unter dem Eindruck von Fukushima und den Auswirkungen auf Wahlergebnisse nun endlich grund-

sätzlich dem Willen der Bevölkerung nach einem Ausstieg aus dieser Risikotechnologie entsprochen. Allerdings wird auch jetzt noch um einen jahrelangen Weiterbetrieb gefeilscht. Während der öffentlichen Anhörung loteten Mitglieder der Ethikkommission aus, bei welchen „Restlaufzeiten“ noch mit der Akzeptanz seitens der Umweltverbände zu rechnen ist. Eine solche Vorgehensweise entspricht zwar eingeschränkt den Anforderungen einer Suche nach einem Kompromiss (zwischen einigen oppositionellen Verbänden und den großen Energiekonzernen), sie beantwortet aber nicht die Frage, ob die Zubilligung weiterer „Restlaufzeiten“ ethisch verantwortbar ist.

Das aber sollte und muss die Lehre aus Fukushima sein: Es kann, ohne jede Vorankündigung, zu jeder beliebigen Zeit, an jedem beliebigen Ort zum Super-GAU kommen. Allzu gerne wird übersehen, dass es in den vergangenen Jahren wiederholt Vorkommnisse in Atomkraftwerken gab, die nach offiziellen Bewertungen in einer Katastrophe hätten enden können (u.a. Maanshan-1, Davis-Besse und Forsmark-1). Der Super-GAU ist kein wirklich seltenes Ereignis.

Im Rheingraben gab es zuletzt am 23. Dezember 2011 ein Erdbeben relevanter Stärke. Und es ist kein Geheimnis, dass die deutschen Atomkraftwerke in

Relation zu den am jeweiligen Standort möglichen Erdbeben unzureichend geschützt sind. Mit einem nur kleinen Leck in einer Schweißnaht kann es zur Unfallslösung und mit der gleichzeitigen Beschädigung der redundanten Kühlsysteme an nur wenigen Stellen zur Katastrophe kommen. Bei einem solchen Szenario mitten in Deutschland helfen auch keine Westwinde, die wenigstens einen Teil der Radionuklide aufs offene Meer treiben könnten.

Es gibt in diesem Zusammenhang ernstzunehmende Zweifel, ob die derzeit laufenden Sicherheitsüberprüfungen der deutschen Atomkraftwerke, deren Ergebnisse jedenfalls offiziell von der Ethikkommission berücksichtigt werden sollen, die von den Anlagen ausgehenden Risiken methodisch überhaupt erfassen können.

Nach Auffassung von Herrn Erich Görrens, einem ausgewiesenen Spezialisten für erdbebensichere Halterungskonzepte (er war an der Planung und Errichtung der meisten deutschen Atomkraftwerke beteiligt), stellen die aktuellen Sicherheitschecks aus den folgenden Gründen keine realitätstauglichen Überprüfungen dar:

1. Der ehemalige Siemens/KWU-Chef Klaus Barthelt wollte Anfang der 1980er Jahre die deutschen Atomkraftwerke mit einer verbesserten, „momentfreien, auslenkenden“ Stütztechnik für Rohrleitungen, Kühlpumpen etc. vor Erdbeben und Flugzeugabsturz schützen. Er konnte sich damit aber im Siemens-Konzern nicht durchsetzen.

2. Alle Atomkraftwerke sind daher schon durch relativ schwache Erdbeben, durch Flugzeugabsturz und bei ungünstiger Überlagerung von Lasten (inkl. Vorbelastungen) auch bereits durch thermische Belastungen, Schnellabschaltungen und dergleichen erheblich gefährdet. Die Kühlsysteme im japanischen Katastrophenmeiler Fukushima wurden vermutlich nicht durch die „Stärke“ des Erdbebens zerstört. Man muss vielmehr davon ausgehen, dass es die besondere Charakteristik des Erdbebens war, die abweichend von der Modelltheorie, relative Verschiebungen zwischen den Abstützungen und so unzulässige Lasten verursachend, zu den großen Schäden in Japan führte.

3. Die herkömmlichen Befestigungskonzepte etwa für Rohrleitungen und Kühlwasserpumpen in Atomkraftwerken stehen sich bezüglich den Anforderungen zum Schutz vor Erdbeben und vor Flugzeugabstürzen diametral entgegen: Zum Schutz der durch Erdbeben ausgelösten mittelfrequenten Schwingungen setzt man auf starre Stützsysteme, die aber eine Gefahr bei Flugzeugabstürzen darstellen. Hochfrequente Schwingungen, wie sie schon beim Aufprall kleiner Flugzeuge auf ein Reaktorgebäude entstehen, erfordern hingegen eine sehr weiche, flexible Aufhängung.

4. Der u.a. bei Siemens/KWU einst diskutierte, in den Anlagen dann aber nicht realisierte Lösungsansatz beruht auf absoluter Momentfreiheit und/oder ausweichenden Widerlagern. Es handelt sich um ein stressfreies, frequenzunabhängiges Stützkonzept für mechanische Systeme. Es geht darum, relative Verschiebungen zwischen Stützpunkten momentfrei auslenken und dadurch sichern zu können. Es muss garantiert werden, dass EVA- und/oder EVI-Lastfälle über passiv steuerbare Gelenkketten, frequenzunabhängig, ausweichend stützenden Elementen zur sicheren Lastableitung zugeführt werden. Derart ingenieurwissenschaftlich eindeutig und vollständig beschreibbare Stützkonfigurationen bestehen aus einwertigen Struts (gleich Stäben mit Gelenkenden). Letztere können auch zwei- oder dreiwertig wirkend angeordnet, klar definierbare Zug- und/oder Druckkräfte aufnehmen und/oder in die Stützstruktur ableiten bzw. daraus übernehmen. In den USA hat man derartige Struts zwar eingesetzt, aber nicht optimal genutzt, so dass auch die dortigen Atomkraftwerke erheblich gefährdet sind.

5. Im Ergebnis liegen den so genannten „Stresstests“ sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene grundlegend fehlerhafte Modellannahmen und Prüfkriterien zugrunde. Diese Zusammenhänge finden an den verantwortlichen Stellen bislang offenbar nicht die erforderliche Beachtung. Es ist anzunehmen, dass eine tatsächliche Sicherheitsüberprüfung bezüglich Erdbeben, Flugzeugabsturz, thermischen Belastungen, Belastungen durch Schnellabschaltungen, Überlagerung von Belastungen inkl. zu unterstellenden Vorschädigungen etc.

überhaupt nicht durchgeführt wird. Offenbar prüft man an den realen Gefahren vorbei. Erschwerend kommt hinzu, dass die „Kernschmelzfestigkeit“ der deutschen Atomkraftwerke katastrophal schlecht ist. Ein frühzeitiges und großflächiges Aufplatzen der Stahlcontainments in Folge etwa von Wasserstoff- oder Dampfexplosionen ist das wahrscheinliche Szenario. Die während der Anhörung der Ethikkommission erwähnten Wasserstoff-Rekombinatoren sind aufgrund von experimentellen Untersuchungen in Fachkreisen heftig umstritten, weil sie erwartungsgemäß nicht in hinreichendem Maße funktionieren und zudem die gefürchteten Explosionen geradezu auslösen können.

Vor dem Hintergrund der hier nur angedeuteten Risiken ergibt sich, dass ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ethisch nicht zu verantworten ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Henrik Paulitz

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)



Foto: aufgenommen von Paul-Georg Meister, pixelio.de

Nicole Goethel

GRÜNE LIGA aktiv für die Einwohner Madagaskars

Für eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung an der Südostküste Madagaskars

Madagaskar – eine Insel voller Widersprüche

Eine weltweit einzigartige Flora und Fauna zwischen endlosen Savannen und tropischem Regenwald treffen hier auf bittere Armut, Mangelernährung und ständig wiederkehrende Hungersnöte. Die viertgrößte Insel der Welt zählt heute mehr als 20 Millionen Einwohner, die sich in 18 Ethnien unterteilen, aber gleichzeitig zahlreiche kulturelle Gemeinsamkeiten aufweisen. Diese gehen auf den Einfluss der ersten Einwanderer aus dem indomalaiischen Raum zurück und zeigen sich in zahlreichen Traditionen sowie der gemeinsamen Sprache Malagasy.

Fotos: Eigentum von Nicole Goethel und Lea Meier

Laut einer Studie des United Nations Development Programme aus dem Jahr 2011, gehört Madagaskar in den Bereichen Ernährungssicherheit und Schulbildung zu den drei ärmsten Ländern der Welt. Schätzungen zufolge leidet über die Hälfte der madagassischen Bevölkerung an chronischer Mangel- und Unterernährung. Lediglich 45 Prozent der Bevölkerung verfügen über Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die wenigen Zentren zur medizinischen Basisversorgung sind meist nur unzureichend ausgestattet und für einen Großteil der Bevölkerung unerreichbar, sodass Infektions- und Parasitenerkrankungen immer noch zu den häufigsten Todesursachen in allen Altersgruppen gehören.

Das allgemeine Bildungsniveau ist gering – mehr als die Hälfte der Erwachsenen sind Analphabeten. Mehr als 20 Prozent der Kinder im schulfähigen Alter sind nicht eingeschult, darunter besonders Kinder im ländlichen Raum. Seit Januar 2009 befindet sich das Land in einer politischen Krise, die massiv die sozioökonomische Situation des Landes beeinflusst.



Zu den stark betroffenen Regionen der Insel gehört die Südostküste Madagaskars. Hoher Bevölkerungsdruck und sinkende Bodenfruchtbarkeit treffen hier zusammen auf ein geringes Bildungsniveau, mangelnde Bewässerungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie heftige Zyklone, die in regelmäßigen Abständen zur Zerstörung ganzer Ernten führen. Die landwirtschaftliche Produktivität ist selbst im Vergleich zum madagassischen Durchschnitt gering, und Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft existieren kaum. Da die Bevölkerung keinerlei tierische Produkte und wenig Gemüse und Früchte konsumiert, leidet der Großteil unter permanenter Mangelernährung.

In der ganzen Region wird aufgrund von fehlendem Wissen und mangelnden Erfahrungen kaum Gemüse angebaut, sondern aus dem Hochland importiert. Die Abgelegenheit der Dörfer führt dazu, dass die Preise impor-

tierter Produkte steigen und sie für die Menschen unerschwinglich sind. Qualitativ gutes Saatgut ist ebenfalls in diesen Gegenden nicht verfügbar. Die zu geringe Produktion von Reis und anderen Grundnahrungsmitteln verursacht jedes Jahr von August bis November und von März bis April zwei Mangelperioden. Während dieser Monate stellt die Nahrungssicherung für die Haushalte einen täglichen Kampf ums Überleben dar. Vor allem alleinstehende, also verlassene oder verwitwete Mütter, betrifft diese Problematik, da diese weder über die notwendigen Arbeitskräfte zur Bestellung ihrer Felder noch über die technische Ausrüstung sowie die finanziellen Mittel verfügen, um zusätzliche Arbeitskräfte anstellen beziehungsweise in den Kauf von notwendigen Grundnahrungsmitteln investieren zu können.

Bei diesem weltweit anzutreffenden Phänomen spricht man von der „Feminisierung der Armut“ – obwohl die

Frauen rund 80 Prozent der Nahrungsmittel erarbeiten, werden sie für ihre Tätigkeiten extrem schlecht bezahlt, und ihre Arbeitsleistung wird meist auch sozial nicht anerkannt. Sie tragen die Hauptlast der Familie, haben häufig keinen Zugang zum Bildungssystem, und ihr Mitspracherecht bei Entscheidungen sowohl innerhalb der Haushalte, als auch auf politischer Ebene, ist eingeschränkt. Den Frauen bleibt der Zugang zu entscheidenden Ressourcen wie Krediten, Anleihen oder Erbe oft verwehrt, sodass sie in der Armutsspirale gefangen sind.

Helfen, sich selbst zu helfen

Angesichts dieser Umstände versucht die Projektgruppe Madagaskar der GRÜNEN LIGA Sachsen e.V. seit 1995 einen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung des lokalen Lebensstandards der Bevölkerung zu leisten. Dabei arbeitet die GRÜNE LIGA eng mit verschiedenen lokalen Partnern zusammen und steht diesen sowohl finanziell und materiell, aber auch beratend zur Seite.

Bereits im Jahr 2009 wurde hierzu von dem Partnerverein FFA ein mehrstufiges Projekt zur Ernährungssicherung und Einkommensschaffung von Gruppen alleinstehender Frauen und ihren Kindern an der Südostküste Madagaskars ins Leben gerufen. FFA – „Fanatsarana ny Farim-piainana eny Ambanivohitra“ (zu Deutsch: Verbesserung des ländlichen Lebensstandards) ist eine madagassische Nicht-regierungsorganisation, die sich seit 2004 für die Verbesserung des Lebensstandards benachteiligter Haushalte im ländlichen und städtischen Bereich engagiert. Ihre Hauptziele sind dabei unter anderem die Schaffung und Verbesserung von stabilen Einkommensquellen für benachteiligte Gruppen, insbesondere alleinstehende Frauen und Mütter. Dazu zählen die direkte Unterstützung und Ausbildungen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Organisation etc., die Förderung von ökologisch angepasster Landwirtschaft sowie das nachhaltige Management erneuerbarer Ressourcen.

Seit etwa zwei Jahren konzentriert sich die Arbeit auf eine Frauengruppe der Gemeinde Sahavato. In der ersten Etappe wird die Landwirtschaft gefördert und die sozialen und organisatorischen Strukturen weiter verstärkt. Anschließend erweitert die GRÜNE LIGA die Aktivitäten zur Einführung, Auf-

wertung und Vermarktung neuer lokaler Produkte und die Durchführung verschiedener Fortbildungsmaßnahmen.

Im Januar 2010 wurde hierzu eine Partnerschaft mit dem lokalen, madagassischen Partnerverein FFA initiiert, um diesen bei der Umsetzung von Projekten zur Förderung benachteiligter Kleinbäuerinnen und ihrer Kindern zu unterstützen. Seit März 2011 sind zwei weitere Frauengruppen der Nachbargemeinde Nosy Varika aktiver Teil eines neuen Projekts, das die GRÜNE LIGA Sachsen e.V. in Kooperation mit dem Bundesverband der GRÜNEN LIGA durchführt. Das Vorhaben wird von dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Nord-Süd-Brücken unterstützt.

Bei der ersten Gruppe handelt es sich um Frauen, die sich im Jahr 2000 in Eigeninitiative zu dem Verein VMS „Frauen aus Sahavato“ zusammengeschlossen haben, um sich bei der Feldarbeit zu unterstützen. Um die einzelnen Projektkomponenten an die realen Bedürfnisse der Zielgruppe anzupassen, haben die Frauen von Anfang an aktiv an der Projektkonzipierung und -vorbereitung teilgenommen. Dieser partizipative Ansatz hat gleichzeitig dazu beigetragen, die Bereitschaft der Frauen zur Übernahme von Verantwortung zu stärken und ihnen die Sicherheit zu geben, dass ihre Ideen und Bedürfnisse die Basis des Projekts darstellen.

Im vergangenen Jahr wurden während eines ersten Projekts in Sahavato Gemeinschaftsfelder, die circa drei Hektar umfassen, angelegt. Zur Bearbeitung der Felder stellte die GRÜNE LIGA den Frauen das notwendige Saatgut für neue Gemüsesorten und Hülsenfrüchte und die notwendigen Arbeitsmaterialien zur Verfügung. Seither bauen sie jeweils dienstags und donnerstags gemeinsam unter technischer Betreuung verschiedenste Gemüsesorten und Hülsenfrüchte an. Außerdem erhalten die Teilnehmerinnen individuelle Förderung beim Anlegen von privaten Gemüsegärten und Reisfeldern.



Foto: Frauenverein VSM in Sahavoto

Die Ernten sind mittlerweile so ertragreich, dass ein Teil des Anbaus auf dem lokalen Markt verkauft wird und somit die Bevölkerung erstmalig die Möglichkeit hat, lokal produziertes Gemüse zu erschwinglichen Preisen zu beziehen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Gemeinschaftsernte fließen in die Vereinskasse von VSM, um so das Saatgut für die kommende Saison sicherzustellen und neue Aktivitäten verwirklichen zu können.

Doch neben dem Bearbeiten der Felder stehen noch weitere Aktivitäten auf dem Alltagsprogramm des Vereins. Damit alle Frauen an den Gemeinschaftsarbeiten teilnehmen können, richtete die GRÜNE LIGA einen provisorischen Kindergarten ein, der von



Foto: links, Vereinsgebäude erbaut im landesüblichen Stil



Es wird für Weiterbildungen genutzt und dient dem Frauenverein als wettergeschützter Ort für Vereinsversammlungen sowie als Kindergarten

Projektvorstellung



Foto: Kochdemonstration einer Teilnehmerin

den Frauen im Rotationssystem beaufichtigt wird. Um den Zeitaufwand der Frauen auf den Gemeinschaftsfeldern zu kompensieren und den internen Zusammenhalt zu stärken, werden mittags Gemeinschaftsmahlzeiten, die zum Teil aus der eigenen Ernte zubereitet werden, angeboten. Zu Beginn des Projekts organisierte der Partnerverein FFA die Mahlzeiten sowie den Einkauf der Lebensmittel – heute agieren die Frauen selbstständig und führen abwechselnd Kochdemonstrationen einfacher Rezepte für eine ausgewogene Ernährung durch.

Die Mittagspause wird außerdem dazu genutzt, die Teilnehmerinnen für Themen wie Hygiene, Krankheiten, Verhütung, familiäre Gewalt oder

Alkoholmissbrauch zu sensibilisieren. Darüberhinaus organisiert der Partnerverein FFA Ausbildungsreihen zu Buchhaltung, interner Organisation, Frauenrechten, Vereinsleben und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten, um die Funktionstüchtigkeit des Vereins zu stärken.

Lokaler Wissens- und Erfolgsaustausch

Aufgrund des großen Erfolgs des Projekts wurden zwei weitere interessierte Frauengruppen der Nachbargemeinde Nosy Varika auf FFA aufmerksam. Nach der Anfrage der neuen Gruppen organisierte FFA einen gegenseitigen Besuch zwischen dem Frauenverein aus Sahavato und den zwei Frauengruppen aus Nosy Varika, um so einen lokalen Erfahrungsaustausch anzuregen. Dabei hatten fünf Frauen aus Nosy Varika die Möglichkeit, eine Woche die Frauen aus Sahavato bei ihren Projektaktivitäten zu begleiten, um die Ziele des geplanten Projekts – die langfristige Unabhängigkeit von Hilfe von außen – kennenzulernen. Dies gab den Frauen gleichzeitig die Möglichkeit, ihre Ideen für den eigenen Projektablauf in ihrer Gemeinde zu konkretisieren. Ein erster Schritt zum lokalen Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Im März 2011 konnten nun die zwei neuen Projektstandorte eröffnet werden. Die Teilnehmerinnen der beiden neuen Gruppen sind, wie auch ihre Projektvorgängerinnen, alleinstehende Mütter aus besonders verarmten Haushalten. Um ihre Verbundenheit mit den Frauen in Sahavato (VSM) auszudrücken, haben sich die Frauen bei der Namensgebung ihrer Vereine an ihr Vorbild aus Sahavato angelehnt: „Vehivavy ny Nosy Varika Miray“ (VNM) und „Vehivavy ny Bebozaka Miray“ (VBM). Die neuen Frauengruppen sind motiviert und haben aktiv bei der Vorbereitung mitgewirkt.

„Statt einem Hungrigen Fische zu geben, bringe ihm das Angeln bei.“

Die Projektgruppe Madagaskar der GRÜNEN LIGA strebt an, gemeinsam mit ihren Partnern ganzheitliche Ansätze zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten benachteiligter Haushalte entsprechen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gehört daher die langfristige ökonomische und soziale Eigenständigkeit der Zielgruppen zu den obersten Zielen.

// Nicole Goethel



Fotos: Ausbildungsreihen in Sahavato



Fotos: Verteilung der Arbeitsgeräte und Anlegen der Gemeinschaftsfelder in Nosy Varika

Ute Bortlik

Bezahlbare Mobilität für ALLE

GRÜNE LIGA Dresden/Oberes Elbtal engagiert sich für das Aktionsbündnis „Dresdner Schüler- und Sozialticket“

Dresdner Initiative für ein Schüler- und Sozialticket

Seit der Gründung der Dresdner Initiative für ein Schüler- und Sozialticket im Januar 2009 ist der GRÜNEN LIGA Dresden/Oberes Elbtal, eines der aktivsten Mitstreiter in diesem Bündnis, eine erfolgreiche Aktion am 1. Mai 2010 auf dem Schlossplatz gelungen. Mit unserem „Aktionsbus“ und den violetten T-Shirts waren wir gut zu erkennen und konnten die Aufmerksamkeit vieler Passanten auf uns ziehen. Wir verteilten sämtliche Postkarten, mit denen wir Privatpersonen aber auch weitere Organisationen aufforderten das Anliegen der Initiative zu unterstützen. Die Postkarte diente auch der Bewerbung unseres neuen Internetauftritts (siehe Randbemerkung).

Um noch mehr Stadträtinnen und Stadträte von der Notwendigkeit der Einführung von Sozialtarifen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Dresden zu überzeugen, luden wir sie für den 11. September 2010 zu einer Fachtagung ein. Ziel der Veranstaltung war die Verständigung und der Meinungsaustausch über die Umsetzung des Beschlusses des Dresdner Stadtrats vom 6. Mai, der die Einführung eines Sozialtickets Anfang 2011 vorsah.

Mit der Tagung sollten in erster Linie Kommunalpolitiker, Vertreter der Verkehrsunternehmen, lokale Initiativen sowie engagierte und interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, Informationen und Argumente auszutauschen. Gleichzeitig wurden Fragen der konkreten Umsetzung des Stadtratsbeschlusses erläutert. Dazu hatten wir unter anderem Gäste aus Leipzig (Leipzig-Pass-Mobilcard seit 01.08.2009) und Köln (Sozialticket seit 01.01.2007) eingeladen, die uns über den Weg der Einführung sowie die bisherigen Erfahrungen bereits realisierter Mobilitätstickets berichteten.



Foto: GL Dresden, Aktion am 1. Mai 2010

In der Stadtratssitzung vom 25. November war es dann endlich soweit – die Einführung des Sozialtickets ab 01.01.2011 wurde beschlossen. Für 30 Euro im Abonnement ist das Ticket gegen Vorlage des Dresden-Passes zu bekommen. Allerdings entsprechen die ausgehandelten Preise noch nicht den Vorstellungen unseres Bündnisses. Für das Jahr 2011 haben wir uns vorgenommen unter den Schüler- und Elterninitiativen nach weiteren Verbündeten zu suchen, da die ÖPNV-Kosten für Schüler und Auszubildende noch zu hoch liegen und Ermäßigungen mit viel Bürokratie verbunden sind.

Bündnis für Mobilitätstickets in Sachsen

Über die Ebene der Stadt Dresden hinaus ist die GRÜNE LIGA Dresden/Oberes Elbtal e.V. auch auf sächsischer Ebene und auf Bundesebene aktiv. Einmal im Jahr findet auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE ein Treffen von Sozialticketinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet statt. Dort werden hauptsächlich Fachinformatio-

nen und Aktionserfahrungen ausgetauscht.

Die Fachtagung vom 19. Juni vergangenen Jahres im Festsaal des Dresdner Rathauses diente dazu, auf sächsischer Ebene Vernetzung und Austausch zu organisieren. Die Ergebnisse dieser sehr erfolgreichen Tagung können auch auf der Internetseite www.mobil-in-sachsen.de des Bündnisses für Mobilitätstickets in Sachsen nachgelesen werden.

Am 17. August fand dann im Sächsischen Landtag zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und der Grünen eine Anhörung im Landtag zum Thema „Mobilität für alle in Sachsen sicherstellen“ statt. Als Sprecherin des Bündnisses für Mobilitätstickets in Sachsen war ich als Sachverständige zu dieser Anhörung eingeladen und konnte gleich als erste unsere Position vortragen. Leider ist es uns in diesem Moment nicht gelungen die Mehrheitsfraktionen in Sachsen von der Notwendigkeit sozialer ÖPNV-Tarife zu überzeugen.

Weitere Informationen gibt es online unter www.sozialticket-dresden.de

Für Fragen und Interessierten ist die Initiative unter sozialticket-dresden@grueneliga.de zu erreichen



Foto: GL Dresden, Treffen der Sozialticketinitiativen am 23.04.2010 im Bundestag

Wie schwerwiegend sich die finanzielle Lage für den Nahverkehr in Sachsen noch entwickeln sollte, stellte sich dann wenige Wochen später bei den Verhandlungen über den sächsischen Haushalt heraus. Das sächsische Sparpaket sieht auch für den Nahverkehr dramatische Kürzungen in den nächsten zwei Haushaltsjahren vor. Unter anderem Taktausdünnungen, Strecken-Stilllegungen und Tarifierhöhungen werden folgen. Deshalb ist unser Motto „Bezahlbare Mobilität für ALLE“ so aktuell wie nie zuvor.

// Ute Bortlik

Felix Eick

Eine Million E-Autos

Eindrücke von der 2. Berliner Klimaschutz-Konferenz am 23.03.11

Es laden Vattenfall und GASAG. Passend zum Thema fahre ich mit dem Fahrrad zum Gasometer nach Schöneberg. Auf dem Parkplatz sehe ich große, schelle, übermotorisierte und teure Autos. Die zweite Befremdlichkeit erwartet mich im Inneren der tolen Location. Die Hauptsponsoren der Konferenz sind Vattenfall und die GASAG. Dennoch habe ich die feste Absicht, mich auf diese Veranstaltung einzulassen und nichts schwarz zu malen.

Berlin als „Modellhauptstadt“

Der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) eröffnet und wird als der Mann hingestellt, der „den Lichtschalter im Rathaus ausschaltet“. Wie die ganze Veranstaltung legt Wowereit seinen Schwerpunkt auf die E-Mobilität in der Stadt. Er möchte Berlin zur „Modellhauptstadt des Klimaschutzes“ machen und zum „Schaufenster für Zukunftsmobilität“ ausbauen. „Berlin will keine autofreie Stadt, sondern eine saubere Stadt sein“, so der Bürgermeister. Dadurch, dass er auch die Produktion in Berlin ansiedeln will und Testflächen wie in Tempelhof auch in Tegel zur Verfügung stellen will, möchte er den Industriestandort stärken. Der Ausstoß des CO₂ solle „massiv“ reduziert werden. Vorhaben

sind unter anderem auch bis 2030 die Einheiten der Wohnungsgenossenschaften zu 100 Prozent mit Strom aus regenerativen Energien zu versorgen. In Tempelhof solle die Geothermie ausgebaut werden, und Wowereit wagt einen schönen Satz: „Für den Senat ist nicht erst seit Fukushima klar, dass die Atomkraft keine Brücke, sondern eine Gefahr ist.“

Die erneuerbaren Energien seien „Brücke“ und „Zukunft“ zugleich: nette Worte. Zudem sei der „Fachkräftebereich extrem wichtig. Die Rede ist von „Investitionen in Ausbildung von Fachkräften“. Wowereit wolle in diesem Jahr persönlich „Klinken putzen gehen“. Zuletzt kündigt Berlins Regierender „100.000 E-Fahrzeuge bis 2020“ an.

Industrie- und unternehmensnah

Der nächste Redner ist Michael Vassiliadis von der Industriegesellschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Er kritisiert letztendlich die Logik des Weges, ein Ziel zu erreichen. Er empfiehlt, Bilder wie green und black beziehungsweise new und old economy zu vermeiden. Diese Einteilung löse Blockaden aus. Zudem könne man das nicht einteilen, da beispielsweise die Komplexität der Wertschöpfungs-

ketten dies oft nicht zulasse. Vassiliadis stellt klar, dass ein „Energiewechsel nicht Realität“ werde, „wenn er auf dem Parteitag beschlossen wird“. Es werde nicht billig und das „Land muss das in der gesamten volkswirtschaftlichen Breite bezahlen“. Mich freut folgender Satz: „Wir müssen Fiktionen und Zielkonflikte anerkennen.“ Das denke ich mir auch manchmal. Man kann schlicht nicht alles berechnen, „szenarien“ und auch nicht im Vorhinein lösen. Man muss handeln! Auch Vassiliadis betont die besondere Relevanz von Fachkräften. Hierbei sei auch eine „steuerliche Forschungsförderung“ vorstell- und umsetzbar. Allgemein ist Konsens, dass die Industrie und die Unternehmen stärker in den Klimaschutz eingreifen müssen. Dabei fällt der Moderatorin und einigen im Publikum allerdings auch auf, dass der Bürger häufig vergessen wird. Der Regierende nennt das „Partnerschaft mit der Wirtschaft“.

Prof. Dr. Frank Straube (Technische Universität) ist berechtigterweise der Meinung, dass die E-Mobilität „hyped“, dabei ist es als Marathon zu betrachten“, denn es müsse die „Anwendungsfähigkeit“ erreicht werden. Seine Instrumente sind dabei, die stärkere

Weitere Informationen zur Klimaschutz-Konferenz unter www.berlin.de/rbmskz/veranstaltung/klimakonferenz/

Vernetzung der Universitäten, die Erhöhung der „Planungssicherheit“, für die Unternehmen und die Aufstockung der Studienplätze im Bereich der E-Mobilität. Berlin sei „ein optimales Testfeld“ und müsse „in die Welt“ gehen.

Mit großem Applaus wird der Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer begrüßt, der nun die Mobilitätsstrategie der Bundesregierung vorstellt. Zuvor übergibt Wowereit ihm noch die zusammengetragenen Ergebnisse für E-Mobilität in Berlin in Form einer Mappe. Mit dem Satz „Verkehr und Mobilität sind kein sinnloser Luxus“ hat Ramsauer sicherlich nicht Unrecht. Ansonsten passt sein Vortrag allerdings nicht so gut in die vorherige Diskussion um Mobilität in Berlin, da er über ein „hohes Transportaufkommen“, die Klärung der „Energiebasis der Mobilität“ und vier Thesen, die es zu beachten gelte, spricht: „Bedürfnisse der Bürger (keine Umerziehung); Sicherheit vor Geschwindigkeit; klare Prioritäten in der Verkehrspolitik und Innovationspolitik im Sinne der Umwelt und des Klimaschutzes“. Er wolle einen fairen Wettbewerb der Verkehrsträger schaffen und aus „Betroffenen Beteiligte machen“.

Mobilitätsdiversität

Wichtig sei, dass die „E-Mobilität nicht zur Stigmatisierung der Verbrennungsmotoren“ führe. Wie die übrigen Teilnehmer ist er der Meinung, dass der deutsche Auto-Fuhrpark insgesamt breiter werde, das heißt mehr Antriebssysteme und Kraftstoffe.

Eine Million E-Autos bis 2020 bedeuten einen Anteil von zwei Prozent am Markt. Wenn man den Verbrauch der Verbrennungsmotoren reduziere, sei kurzfristig mehr möglich. Klimaschutz sei wichtig, aber Wirtschaftlichkeit und die Gesellschaft dürften nicht auf der Strecke bleiben, so der Bundesverkehrsminister.

Alle weiteren Diskussionen und Podien jetzt hier noch schriftlich darzustellen, spränge den Rahmen. Deshalb hier nur noch einige interessante Zitate und Denkanstöße:

- Bis 2050 darf jedes Auto nur noch 20g/km verbrauchen (Prof. Dr. Wieteschel)
- „Es besteht Forschungsbedarf (...) Berlin ist prädestiniert“ durch Kompetenzzentrum in Tempelhof (Gernot Lorenberg)
- „Wartungskosten sind niedriger“

- (bei E-Autos) (Letztgenannter)
- Wertschöpfung in der IT-Branche: App auf Smartphone soll Flexibilität und Abrechnung im Bereich der modernen Mobilität möglich machen
- Es gibt eine „Nationale Plattform der E-Mobilität“ (NPE)
- Es gibt ein „NE-Metall-Problem“ (Norbert Quinkert)
- „BMW und Daimler verschieben sich bereits“ (in Richtung E-Mobilität) (Prof. Dr. Knie)
- Der Senat entscheidet nichts: Investoren müssen durch Förderung und gutes Personal angelockt werden
- Unterscheidung in Nah- und Fernverkehr ist zentral
- „Kulturelle Barrieren müssen abgebaut werden“ (Norbert Quinkert)
- „Die Wünsche an die Politik sind zu groß“: Unternehmen müssen den Rahmen der Politik ausfüllen.
- „Der Mensch ist Teil der Gleichung“ (Hans Hermann Junge)
- BVG sieht keine Konkurrenz mit Car-Sharing und ähnlichem, sondern kann sich langfristig ein „Kombiticket“ oder sogar eine „Flatrate“ vorstellen (Dr. Nikutta)

// Felix Eick
Redakteur (FÖJ), DER RABE RALF
GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Mehr Mobilität bei der Bahn

ICx bringt Durchbruch bei der Fahrradmitnahme

Die am 9. Mai 2011 von der Deutschen Bahn bei Siemens bestellten Fernverkehrszüge der nächsten Generation, die so genannten „ICx“, sollen nach Aussagen der Deutschen Bahn über spezielle Mehrzweckabteile zur Mitnahme von Fahrrädern, Kinderwagen und Rollstühlen verfügen.

Die Entscheidung der Deutschen Bahn, die Fahrradmitnahme zukünftig im ICx zu ermöglichen, ist ein entscheidender Schritt für die Stärkung des nachhaltigen Verkehrs in der EU. Denn nur wenn die beiden umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Fahrrad leicht kombinierbar sind, werden sie attraktiver. Deshalb ist die Fahrradmitnahme zugleich ein Gewinn für die Fahrgäste, die Umwelt und nicht zuletzt für die Deutsche Bahn.

Die ab 2016 schrittweise einzuführenden ICx-Züge werden jeweils über ein Multifunktionsabteil verfügen, das Reisenden im Rollstuhl, Eltern mit Kinderwagen sowie acht Fahrrädern ausreichend Platz bietet. Zudem wird eine am Abteil angebrachte automatische Hubrampe den barrierefreien Zugang zum Abteil und das schnelle und einfache Verladen der Fahrräder und Kinderwagen ermöglichen.

Mit der Entscheidung der Deutschen Bahn ist die europaweite Fahrradmitnahme in allen Zügen einen großen Schritt vorangekommen. Denn nach der Entscheidung des Europäischen Parlaments über die Fahrgastrechte, in der die Fahrradmitnahme in allen Zügen verankert wurde, konnte man im Eurostar von Paris nach London

und auch im TGV von Stuttgart nach Paris das Fahrrad mitnehmen. Der neue Thalys von Paris über Brüssel nach Köln hat ebenfalls ein Fahrradabteil, die alten Thalyszüge werden nachgerüstet.

Nach dem Beschluss des Europäischen Parlaments hatten sich auch Bundestag und Bundesrat für die Fahrradmitnahme im ICE ausgesprochen. Mit der Entscheidung der DB AG für den ICx ist die Hoffnung berechtigt, dass die Fahrradmitnahme in allen Zügen der EU bald eine Selbstverständlichkeit ist.

//Michael Cramer
Verkehrspolitischer Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Die Möglichkeit der Fahrradmitnahme in ALLEN Zügen ist eine Forderung der GRÜNEN LIGA.

Verschenkt Brandenburg sein Wasser an Vattenfall?

Ausnahmeregelung im Wassergesetz subventioniert Bergbau und Energiewirtschaft

Die GRÜNE LIGA kritisiert die marginalen Änderungen des brandenburgischen Wassergesetzes als Kniefall vor dem Energiekonzern Vattenfall. Braunkohletagebau und Energiewirtschaft profitieren weiterhin von weitreichenden Ausnahmeregelungen, die umweltgesetzliche Vorgaben der EU ignorieren und das Land alljährlich um Einnahmen in Millionenhöhe bringen.

Beim Wassernutzungsentgelt ist die Regierung erneut vor Vattenfall eingeknickt. Die nun vorgesehene Erhöhung des Wassernutzungsentgelts ist lediglich eine kosmetische Korrektur, denn sie soll auf weniger als ein Zehntel des abgepumpten Wassers Anwendung finden.

Im März 2011 hatte die Landesregierung in Potsdam eine Novelle zum Wassergesetz beschlossen. Die seit 1994 bestehende Befreiung des Bergbaus vom Wassernutzungsentgelt wird dabei überhaupt nicht angetastet. Laut europäischer Wasserrahmenrichtlinie wäre spätestens seit dem Jahr 2010 vom Verursacher ein „angemessener Beitrag“ zu leisten, um die immensen Folgekosten dieser Wassernutzung zu decken. Aber Vattenfall zahlt weiterhin keinen Cent, wenn das abgepumpte Grundwasser in Flüsse eingeleitet wird, obwohl zum Beispiel die Sulfatfracht des Wassers massive Probleme für die Trinkwasserversorgung Berlins

und von Frankfurt (Oder) verursacht. Auch auf klare Anforderungen an diese Einleitung will die Regierung weiter verzichten (§ 40 Abs. 1 Satz 6 des Regierungsentwurfs).

Die skandalöse Vergünstigung vieler Millionen Kubikmeter Kühlwasser wird ebenfalls nicht angetastet: Statt der üblichen 10 Cent kostet dies die Betreiber nur 0,5 Cent pro Kubikmeter (§ 40 Abs. 1 Satz 5 des Regierungsentwurfs)! Die drei Lausitzer Braunkohlkraftwerke verdunsten jährlich 92 Millionen Kubikmeter (zum Vergleich: Die gesamte öffentliche Trinkwasserversorgung im Land Brandenburg belief sich 2007 auf 125 Millionen Kubikmeter). Durch die Kühlturmverluste in die Atmosphäre geht dieses Wasser dem angespannten Wasserhaushalt der Region nahezu vollends verloren.

Zudem will die Regierung eine zusätzliche Garantie für Vattenfall einführen, das Flusswasser für die in wenigen Jahren geplanten Flutung seines Tagebaues Cottbus-Nord nicht bezahlen zu müssen (Abs. 1 Satz 7 des Regierungsentwurfs).

Lediglich eine 2004 eingeführte zusätzliche Subvention wird nun in zwei Schritten abgebaut. Sie betrifft nur den Teil des Wassers, der nach dem Abpumpen im Tagebau noch für andere Zwecke benutzt wird (Absatz 4, Nr. 7,

Satz 2). Im Jahr 2005 handelte es sich um lediglich 21 der 233,8 Millionen abgepumpten Kubikmeter Wasser (Quelle: Landtagsdrucksache 4/4162, S.31).

Laut Bundesverfassungsgericht sind alle Ausnahmen von der Entgeltspflicht Subventionen, die einer besonderen Begründung bedürfen, zum Beispiel einer schwierigen Wettbewerbssituation. Während jeder Trinkwassernutzer und auch die Industrie in Brandenburg ein reguläres Entgelt von 0,10 Euro pro Kubikmeter zahlen, sind Bergbau und Energiewirtschaft sowie auch die Landwirtschaft von dieser Zahlungspflicht weitgehend befreit. Eine Begründung für diese Subventionierung bleibt die Landesregierung jedoch schuldig.

Den Wortlaut der geplanten Neufassung von § 40 BbgWG stellen wir auf Anfrage gern zur Verfügung. Das Positionspapier der GRÜNEN LIGA zum Wasserentnahmeentgelt in Bergbau und Energiewirtschaft vom April 2010 finden Sie auf www.wrrl-info.de > Ökonomische Aspekte > Wasserentnahmeentgelt.

// Michael Bender, Tobias Schäfer
GRÜNE LIGA
Bundeskontaktstelle Wasser

Freiwillige gesucht – FÖJ 2011/2012

Die Vereinigung junger Freiwilliger e.V. (VJF) sucht als Träger des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Berlin noch Interessierte, die bereit sind für ein Jahr (September 2011 bis August 2012) im ökologischen Bereich tätig zu sein. Auch die GRÜNE LIGA bietet den Freiwilligen im Rahmen des FÖJs, unter anderem im Bundesverband, die Möglichkeit, ihre

Persönlichkeit sowie das eigene Umweltbewusstsein zu entwickeln und für Natur und Umwelt zu handeln.

Die Freiwilligen können sich in Umweltämtern, -initiativen und -verbänden, wissenschaftlichen Einrichtungen und auch Weltläden und umweltpädagogischen Einrichtungen verantwortungsbewusst einbringen. Die verschiedensten Betätigungsfelder wer-

den hier geboten, um praktisch etwas zu tun, Wartezeit sinnvoll zu überbrücken oder sich beruflich zu orientieren.

Wenn Du die Vollzeitschulpflicht erfüllt hast, höchstens 26 Jahre alt bist und Deinen Wohnsitz in Berlin hast oder ihn nach Berlin verlegen willst, bewirb Dich direkt bei der VJF!

Der Platz in der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA e.V. ist für das kommende Jahr schon besetzt.

Weitere Informationen über mögliche Einsatzstellen und Bewerbung unter www.vjf.de

Das Umweltfestival 2011

Klimafreundliche Mobilität am Brandenburger Tor

Am 5. Juni 2011 veranstaltet die GRÜNE LIGA Berlin bereits zum 16. Mal das Umweltfestival am Brandenburger Tor. Gemeinsam mit rund 200 Aussteller/innen aus ganz Deutschland präsentiert der Umweltverband die ganze Bandbreite des Umwelt- und Naturschutzes.

Unter dem diesjährigen Motto „Klimaschutz bewegt!“ wird umweltfreundliche Mobilität vom grünen Wanderweg durch die Stadt über Fahrräder und Elektrobikes bis zum Nah- und Fernverkehr vorgestellt. So wird zum Beispiel die ganze Bandbreite der Zweiradwelt präsentiert: vom mobilen Fahrradparken für umweltfreundliche Großveranstaltungen inklusive kostenfreiem Service-Check bis hin zu einer Kinder-Laufradralley, vom modernen Klapprad bis zum Lastenfahrrad als Familien-transporter.

Europas größte ökologische Erlebnismeile lockt alljährlich 100.000 Besucher/innen und ist inzwischen fester Termin im vielfältigen Eventkalender Berlins. Besucherinnen und Besucher erwartet Leckeres aus ökologischem Landbau und artgerechter Tierhaltung, Informationsangebote zu sanftem Tourismus und nachhaltigem Konsum und die ganze Vielfalt des Natur-, Klima- und Ressourcenschutzes. Straßentheater und Livemusik auf

zwei Bühnen und Spiel- und Mitmachangebote für Jung und Alt bieten viel Unterhaltung für die ganze Familie.

Gemeinsam mit der FAHRRADSTERNFAHRT des ADFC hat sich das Umweltfestival zu einem Höhepunkt der umweltpolitischen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen in der Region Berlin entwickelt.

Bühnenprogramm

Auf zwei Bühnen werden mehr als zehn Bands auch dieses Jahr wieder das Umweltfestival zu einem musikalischen Hingucker verwandeln. Von deutschem Pop über englischsprachige Indiemusik und handfestem Urban Rock, dürfte für jeden Geschmack etwas dabei sein. Und wie immer ist auch für die Kleinen gesorgt; Johannes Hampel mit seinem „König der Raben“, das Puppentheater Fingerleicht mit „Emma Hühnchens Rettung“, sowie das Galli- („Mitmach-“) Theater mit ihrem „Clown Schimmel“ werden diesen Tag unterhaltsamer denn je gestalten.

Tag für die Fahrgäste

Der „Tag für die Fahrgäste“ 2011 des VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg findet in diesem Jahr gemeinsam mit dem „16. UMWELTFESTIVAL der GRUENEN LIGA“ und der ADFC-Fahrradsternfahrt am Brandenburger Tor

statt! Der VBB bietet einen abwechslungsreichen Familientag mit einem bunten Programm und Höhepunkten für Jung und Alt, für Bus- und Bahnliebhaber sowie für Alle, denen der ÖPNV und der Umweltgedanke wichtig ist.

Kunterbunte Spaßmeile

Zwischen 11 und 19 Uhr können sich die jungen Besucher an einem großen Kinderquiz zu klimafreundlicher Mobilität beteiligen. Die Preise von der Fahrradtasche bis zum Hörspiel werden auf der Hauptbühne am Brandenburger Tor verlost. Die Deutsche Bahn (DB Regio) bringt einen tollen Zug mit, den man selbst schieben und lenken kann. Und auf Holzlaufrädern können die jungen Besucher bei einer Tour über das Umweltfestival brausen.

Wettbewerb für Klimafreundliches Kochen

Außerdem werden im Rahmen des Umweltfestivals die Gewinner des vergangenen Wettbewerbs auf der Bühne vor dem Brandenburger Tor ausgezeichnet. In zwei Kategorien, Kinder/Jugendliche und Erwachsene, werden die Klimakochkönige auf der Hauptbühne gekürt.





Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie

Wolfgang Haber, der Doyen der wissenschaftlichen Ökologie, erläutert in „Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie“ die Hindernisse und zu lösenden Probleme einer nachhaltigen Entwicklung. Fehlerhafte Schlussfolgerungen der Vergangenheit sowie die Endlichkeit der Ressourcen und das immense Bevölkerungswachstum werden aus rationaler Sicht thematisiert.

Angeknüpft an die Ansichten Carls von Carlowitz, der den Grundgedanken der Nachhaltigkeit in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert prägte, trägt der Autor seine Gedanken und Konzepte zur Nachhaltigkeitsperspektive für das 21. Jahrhundert vor. Mit der Erkenntnis, dass „nachfolgenden Generationen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen und sie nicht durch Altlasten vordefiniert sein sollen“, wird der wissenschaftliche Diskurs eröffnet.

Habers Ausführungen über die Ökologie als Wissenschaft zeigen, dass der Mensch als geistig-kreatives Wesen bisher verfälschte Wertvorstellungen mit zu starkem ideologischen Gehalt pflegte. Doch „Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn wir die Ökologie nicht verklären“ – demnach müssen die unbequemen Wahrheiten der Ökologie erst geistig bewältigt werden, um wirksam zu handeln.

Wolfgang Haber: „Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie“, 72 Seiten, oekom Verlag, Preis: 12,90 Euro

// Rieke Lanser



Naturspiele-Hits Band 2 der Ökotoxia-Spiele-Hits

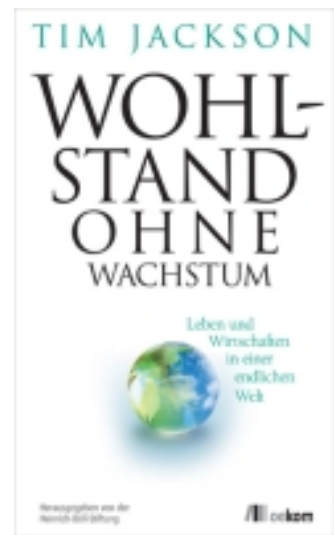
Dieser zweite Band der „Ökotoxia-Spiele-Hits“ präsentiert ausgewählte Spiele für Wald und Wiese, Bach und Tümpel, Garten, Sand und Schneelandschaft. Die Autoren beschreiben in dem kleinformatigen Büchlein auf jeweils einer Seite einfach nachzumachende Spiele, die die Kinder in direkten Kontakt mit Naturmaterialien bringen. So lernen sie die Blattumrisse von verschiedenen Baumarten kennen oder trainieren ihre Geschicklichkeit durch das zielgerichtete Werfen von „Weidenringen“. Wald- und Wiesentiere inspirieren zu Hüpf-, Lauf- und Fangspielen und entspannte Naturbetrachtungen sorgen für ausgleichende Ruhemomente.

Die Spiele sind für drinnen und draußen konzipiert. Jedes Spiel ist mit Material- und Altersangaben versehen. Die Beschreibungen der nötigen Vorbereitung sowie der Durchführung sind knapp aber gut verständlich formuliert.

Durch das „Hosentaschenformat“ kann das Büchlein gut mit in die Natur genommen und dort vor Ort eingesetzt werden.

Regina Bestle-Körfer, Leonore Geißelbrecht-Taferner, Dirk Gouder, Constanze Grüger, Birthe Hesebeck, Georg Lilitakis, Antje Neumann, Burkhard Neumann, Stefan Schultz, Annemarie Stollenwerk, Susanne Weyhe: „Naturspiele-Hits“, 58 Seiten, Ökotoxia, Preis: 4,95 Euro

// Anke Siegert



Wohlstand ohne Wachstum

Das aus dem Englischen übersetzte Werk „Wohlstand ohne Wachstum“ ist als Studie zur aktuellen Wirtschaftsdebatte und dem im westlichen Kulturkreis herrschenden Konsumismus längst überfällig.

Tim Jackson kritisiert, als ehemaliger Umweltberater der britischen Regierung und anerkannter Ökonom, unser auf Wachstum beruhendes Wirtschaftsmodell, aber bietet auch gleichzeitig ein Grundlagenwerk zur sogenannten „Postwachstumsökonomie“. Hierbei liegt der Fokus auf dem Entschleunigen von Produktionszunahmen und dem Ressourcenverbrauch.

Ist Wirtschaftswachstum bei dieser weltweiten Ungleichheit für uns noch ein legitimes Ziel und sind die Vorteile kontinuierlichen Wachstums immer noch größer als seine Kosten? Lässt sich der Begriff Wohlstand in dem „Zeitalter der Verantwortungslosigkeit“ neu definieren? Tim Jackson liefert Antworten und schlägt dieser auf Wachstumszwang basierenden Welt somit eine innovative Reformrichtung vor. Präsentiert werden alternative Wirtschaftsweisen und Denkansätze für mögliche Handlungen sowie politische Maßnahmen für das „Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt“.

Tim Jackson: „Wohlstand ohne Wachstum“, 240 Seiten, oekom Verlag, Preis: 19,95 Euro

// Rieke Lanser

Chilenische Regierung autorisiert Staudammprojekt in Patagonien

Für Unruhen sorgte die Entscheidung der chilenischen Regierung, den Bau von drei Staudämmen am Baker River und zwei Staudämmen am Pascua River freizugeben. Diese Wildflüsse liegen in einer kaum bewohnten, atemberaubenden Naturlandschaft. Die Energie soll allerdings mit einer 2200 Kilometer langen Hochspannungstrasse nach Santiago und vor allem in die noch weiter nördlich gelegenen Kupferminen geliefert werden.

Die Energienutzungsrechte für die chilenischen Flüsse liegen bei der italienischen Firma ENEL, die vor kurzem die spanische Endesa übernommen hat und für den Ausbau verantwortlich zeichnet. Gegen den Staudambau wendet sich das internationale Aktionsbündnis Patagonia sin Represas.

Zur Unterstützung dieses Anliegens lud die GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Wasser gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung am 11. Mai 2011 zu einem Vortrag mit Juan Pablo Orrego, dem Präsidenten der lokalen Nichtregierungsorganisation Ecosistemas und internationalem Koordinator der Initiative „Patagonia Chilena sin Represas“ (CDP), ein. Für seinen Kampf am Bio-Bio-Fluss, bei dem fünf von sieben geplanten Staudämmen verhindert werden konnten, war Juan Pablo Orrego 1998 der Alternative Nobelpreis (Right Livelihood Award) verliehen worden.

// Michael Bender
Bundeskontaktstelle Wasser
GRÜNE LIGA e.V.

Online-Angebot „Klima-Kampagnen-Baukasten“

Bei der Planung und Durchführung von Kampagnen sind einige Aspekte zu berücksichtigen, damit das eigene Anliegen mit möglichst hoher Wirkung die gewünschte Zielgruppe erreicht. Um die richtigen Schritte von der ersten Idee bis zur tatsächlichen Umsetzung zu gehen, stellt die Technische Universität Berlin in Kooperation mit der Fachhochschule Bielefeld das Online-Angebot „Klima-Kampagnen-Baukasten“ zur Verfügung. Dabei wird der Fokus auf Aktionen zu den Themen klimabewusster Konsum, nachhaltige Mobilität oder Energiesparen im Haushalt gelegt.

Ziel ist es, die bisher vorliegenden Erfahrungen zur erfolgreichen Durchführung von Kampagnen für die zugänglich zu machen, die täglich vor der Herausforderung stehen, Verbraucher/innen an diesen Bereich heranzuführen. Der Baukasten hilft also den Nutzerinnen und Nutzern dabei, suk-

zessive eine eigene Kampagne in diesen Themenfeldern zu planen. Darüberhinaus kann auf informatives Hintergrundmaterial zurückgegriffen werden, das die Themen Energiesparen, Mobilität und Ernährung umfasst, Erfahrungen aus erfolgreichen Kampagnen bündelt und Informationen zur Verbraucheransprache bietet. Das Angebot richtet sich vor allem an Stadtverwaltungen, Umweltverbände und Initiativen.

Als Plattform im World-Wide-Web bietet der „Klima-Kampagnen-Baukasten“ also eine Reihe nützlicher und erprobter Instrumente, die man individuell für den eigenen Zweck nutzen kann.

Weitere Informationen unter:
www.klima-kampagnen-baukasten.de

// Rieke Lanser

Termine

33. Evangelischer Kirchentag

01. - 04. Juni 2011
Dresden
www.kirchentag.de

Bundessprecherrat

08. Juli 2011, ab 14.00 Uhr
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin

Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen:

NEU! Positionspapier „Die ökonomischen Instrumente der Wasserrahmenrichtlinie als Chance für den Gewässerschutz“ 30 Seiten A4, auch auf Englisch erhältlich, Porto 2,50 Euro

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, VK 2,50 EUR zzgl. Porto

Die Zukunft der Umweltbewegung (2. Auflage), Analysen und Strategien in 10 Interviews. 58 Seiten A5, VK: 12,00 EUR zzgl. Porto

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): VK: 6,54 EUR zzgl. Porto

Broschüre „Wasser“: 2,50 Euro zzgl. Porto

Broschüre „Nachhaltige Regionalentwicklung“: VK: 10,12 EUR zzgl. Porto

Broschüre „Umweltschutz und Neue Medien“: VK: 3,35 EUR zzgl. Porto

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de VK: 5,25 EUR zzgl. Porto

Luftballons Durchmesser ca. 28 cm, grün, weiß, rot, gelb u.a., mit GRÜNE-LIGA-Logo und Alligatorzeichnung + Schriftzug „grün&bissig“, VK: 0,30 EUR zzgl. Porto

Aufkleber mit Schriftzügen „Bitte keine Werbung“, „Fahrräder stinken nicht!“, „Hanf freigeben!“, alle mit GRÜNE-LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de, Aufkleber nur mit GRÜNE LIGA-Logo, VK: 0,50 EUR zzgl. Porto

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwellsalbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: VK: ja 3,25 EUR zzgl. Porto

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo

Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank. VK: 2,00 EUR (1,80 EUR für GRÜNE-LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Porto

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
: 030/2044745
: 030/2044468
: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
: 0351/49 43 353 : -400
: dresden@grueneliga.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
: 01522/1960531
: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
: 030/443391-70 : -75
: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. Luftverkehr
Frank Welskop
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
: 0341/30654 20
: 0341/30654-21
: pflanzenoel@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
: 0341/2111800
: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o BGSt.
: wasser@grueneliga.de
: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche, c/o BGSt.

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10
34320 Söhrwald
: 05608/35 24
: info@bv-pflanzenoel.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
: 0351/49 43 353 : -400
: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 19
01744 Dippoldiswalde
: 03504/618585
: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9, 19063 Schwerin
: 0385/2013052 : -2075571
: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
: 01522/1960531
: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
: 035203/3 71 81
: 035203/3 79 36
: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
: 030/443391-0 (Zentrale)
: 030/443391-33
: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
: 030/56499892
: 030/56499950
: gruenes.haus@alice.de

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König,
Aubertstraße 37, 13127 Berlin
: 030/9253070
: 030/96793079
: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur, Lindenstraße 34
14467 Potsdam
: 0331/20 155 20 : -22
: potsdam@grueneliga.de

Umweltgruppe Cottbus
Straße der Jugend 94
03046 Cottbus
: 0355/4837815
: umweltgruppe@web.de
www.lausitzer-braunkohle.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp. e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
: 0351/49 43 350 : -450
: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Chemnitz
Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
: 0371/304470
: chemnitz@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
: 0341/3 06 51 85 : -79
: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
: 03591/605860
: 03591/607050
: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
: 03435/920089
: 03435/931751
: gruene.welle@grueneliga.de
oder: vs.gruene.welle.Umwelt@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
: hirschstein@grueneliga.de

Büro IG Stadtökologie Zwickau
Stiftstraße 11, 08056 Zwickau
: ig.stadtoekologie@arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
: 03643/4 92 796
: 03643/49 27 97
: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt
: 03628/640723
: 03628/746283
: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
: 036081/6 06 15 : -18
: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Chemnitzer Straße 40
09599 Freiberg
: 03731/797292
: 03731/797292
: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
98553 Bischofrod
: 036873/20474
: 036873/ 20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**